

INFORMATIONEN FÜR DIE AMBULANTE PFLEGE

Herausgegeben vom AnbieterVerband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)

Neue Impulse für den Pflegemarkt

Läuft der Jobmotor ambulante Pflege noch rund oder stottert er schon? AVG-Geschäftsführer Jörn Mohaupt rät zu einer realistischen Einschätzung – und fordert neue Impulse für einen stark reglementierten Markt.



► Die Zahl der Pflegedienste ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und dürfte bundesweit derzeit eine Zahl jenseits der 11.500 erreicht haben. In Berlin gewinnt man den Eindruck, als eröffne jede Woche eine neue Pflegeeinrichtung. Hier wurde die Zahl von 550 ambulanten Pflegediensten bereits überschritten. Auch die Zahl der Beschäftigten steigt weiter an. So wurden in der Pflegestatistik 2007 insgesamt 236.000 Beschäftigte in der ambulanten Pflege ermittelt. Die durchschnittliche Zahl

der Mitarbeiter pro Einrichtung erhöht sich von Jahr zu Jahr.

Doch seit geraumer Zeit sind von vielen Seiten Klagen wegen mangelnder Pflegefachkräfte oder besser Gesundheitspflegerinnen und Gesundheitspfleger zu hören. Die Arbeitsmarktzahlen bestätigen das, was Pflegedienstinhaber schon längst zu spüren bekommen. So ist die Zahl der arbeitslosen Gesundheitspflegerinnen und Gesundheitspfleger bundesweit von 18.022 im Jahr 2005 auf 7.210 Ende 2009 gesunken.

In Berlin zeichnet sich die gleiche Entwicklung ab. Waren 2005 noch 1.027 Pflegekräfte arbeitslos, wurden Ende 2009 nur noch 462 in den Statistiken als Arbeit suchend geführt. Hingegen stieg die Zahl der gemeldeten freien Stellen deutschlandweit von 2.251 im Jahre 2005 auf 5.879 offene Stellen Ende 2009 an. In Berlin ist ein Anstieg von 165 auf 689 gemeldete offene Stellen bei der Arbeitsagentur zu verzeichnen.

Im Vergleich dazu sieht die Situation im Bereich der Altenpflege stabiler aus. So waren im Jahr 2005

38.926 und im Jahr 2009 33.866 ausgebildete Altenpfleger bei der Arbeitsagentur als suchend registriert. In Berlin stieg die Zahl von 2.510 im Jahre 2005 auf 3.692 Ende 2009 sogar an. Bundesweit gab es auf der anderen Seite im Jahr 2005 rund 2.412 offene Stellen und im Jahr 2009 bereits 10.157. In Berlin stieg die Zahl der offenen Stellen von 156 auf 1.051 an.

Letztlich belegen die genannten Zahlen, dass es zunehmend schwer fällt, Pflegepersonal auf dem Arbeitsmarkt zu finden oder als wertvolle Mitarbeiter zu gewinnen. Längst geht es nicht mehr darum, die geeignete Pflegefachkraft zu finden, sondern überhaupt eine zu finden. Erschwerend kommt dazu, dass sich die Zahl der Ausbildungsplätze im Bereich der Krankenpflege kontinuierlich reduziert, was letztlich auch an den unzulänglichen Strukturen und Rahmenbedingungen liegt. Natürlich tritt auch der demografische Wandel bekanntermaßen immer deutlicher zum Vorschein. Es ist nun an der Zeit, >>>

Nachgefragt

An der Universität Siegen werden moderne Technologien in der Altenpflege wissenschaftlich untersucht.

Interview auf Seite 3

Schröder legt Pläne für Pflege-Teilzeit vor

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will den Rechtsanspruch auf eine Familien-Pflegezeit ausweiten. In einem Gespräch mit der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« schlug sie vor, dass Arbeitnehmer zur Pflege ihrer Angehörigen zwei Jahre lang halb arbeiten und währenddessen drei Viertel des Gehalts beziehen können. »Später müsste er dann wieder voll arbeiten, bekäme aber weiterhin so lange 75 Prozent des Gehalts, wie er zuvor Teilzeit gearbeitet hat – bis also das Zeit- und das Gehaltskonto wieder ausgeglichen sind«, schlug Schröder vor.

Kritik am Vorstoß von Schröder kam von den Grünen und dem Sozialverband VdK. »Netter Versuch, doch leider stimmt an Frau Schröders Vorschlag so gut wie nichts«, sagte Grünen-Pflegeexpertin Elisabeth Scharfenberg. Die Ministerin setze voraus, dass die Angehörigen die Pflege übernehmen. »Das geht völlig an den Realitäten vorbei«, so Scharfenberg. Viele Angehörige könnten oder wollten diese höchst belastende Aufgabe nicht erfüllen. VdK-Präsidentin Ulrike Macher wies darauf hin, dass die finanzielle Absicherung der pflegenden Angehörigen nicht garantiert sei, wenn sie auf 25 Prozent des Lohns verzichten sollten. In der Regel handele es sich um Frauen in schlecht bezahlten Jobs, die Angehörige pflegen würden, sagte Mascher der »Rheinischen Post«.

In Deutschland sind derzeit rund 2,2 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen, der Großteil wird zu Hause durch Familienangehörige – zumeist Frauen – gepflegt.

» dass die Politik handelt und die gewollte Zusammenführung der noch getrennten Ausbildungen in der Pflege endlich in ein neues Berufsgesetz gießt. Dies wäre zumindest ein Anfang, um dem Mangel an Fachpersonal entgegen zu wirken.

Nimmt man alle Zahlen zusammen – das heißt die steigende Zahl von Pflegeeinrichtungen, mehr Beschäftigte und mehr Patienten, was letztlich zu einem höheren Geldfluss führt – sieht alles nach einem Wachstumsmarkt Pflege aus. Doch reicht diese Betrachtung aus? Viel entscheidender dürfte eher die Frage sein, ob ambulante Pflege unter den gegebenen Bedingungen noch wirtschaftlich erbracht werden kann. So steigen seit Jahren die Anforderungen an die Dienste und das zum Leidwesen der Mitarbeiter vor allem in Bereichen, die wenig mit der tatsächlichen Pflege zu tun haben. Immer mehr Zeit muss aufgewendet werden, um alles detailgetreu, rechtssicher und vor allem MDK-tauglich zu dokumentieren.

Auch die recht antiquierte Form des Antragsverfahrens, angefangen

von der Pflicht jede einzelne Leistung verordnen zu müssen bis hin zu täglichen Obergrenzen bei der Leistungserbringung in der häuslichen Krankenpflege, lähmt jede weitere Entwicklung im ambulanten Pflegebereich und bindet jeden Tag



aufs Neue enorme zeitliche und personelle Ressourcen, die anderer Stelle – der Pflege vor Ort beim Patienten – fehlen. Der überbordende Kontrollwahn, der in keiner Branche vergleichbar inszeniert wird, führt zu großer Verunsicherung und viel Aktionismus und verschlingt letztlich weitere Ressourcen. Zudem stagnieren und sinken die Entgelte für die Leistungserbringung. Wenn überhaupt, erfolgt ein schmaler

Ausgleich, der von der Inflation sofort aufgeessen wird. Daraus folgt: Der Markt der ambulanten Pflege hat sich nicht so rosig entwickelt, wie es vielerorts immer behauptet wird. Bleibt es weiter bei der Prämisse »Kosten drücken statt Qualität heben«, bleibt es weiter bei starren und bürokratischen Systemen sowie steigenden Anforderungen, dann wird der Wachstumsmotor ambulante Pflege wohl weiter eher stottern als rund laufen.

Wir brauchen daher dringend eine Flexibilisierung bei der Verordnung und Genehmigung von Leistungen der häuslichen Krankenpflege, einen deutlichen Abbau von überflüssiger Bürokratie, eine Verschlinkung und Klarstellung der gestellten Anforderungen, eine bessere finanzielle Ausstattung und die bereits erwähnte Änderung des Berufsgesetzes. Dies würde dem Markt der ambulanten Pflege wichtige und längst notwendige Impulse für eine flexible und zukunftsrichtige Entwicklung geben.

Jörn Mohaupt
AVG-Geschäftsführer

Republik der Runden Tische

KOMMENTAR

► Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein neuer Runder Tisch oder eine neue Kommission eingerichtet, berufen oder aber vorgeschlagen wird. Mal sollen sich die Runden mit Missbrauchsfällen in Schulen und katholischen Einrichtungen befassen. Dann wieder sollen sie Vorschläge für Reformen bei Gesundheit und Pflege erarbeiten. An diesem Mittwoch etwa kommt in Berlin erstmals das kleine Gesundheitskabinett unter Leitung von Philipp Rösler zusammen – und wird wohl zunächst einmal nicht mehr tun, als Termine und Inhalte weiterer Treffen abzustimmen.

Unproblematisch ist der Trend hin zu Tischen und Kommissionen nicht. Denn oft hängt diesen Gremien der fade Beigeschmack an, die Politik verweigere sich der Lösungsfindung und vertage sich auf

unbestimmte Zeit. Der Wähler reagiert auf solches Versteckspiel verärgert – und straft die betreffenden politischen Würdenträger beim nächsten Urnengang ab.

Bei den NRW-Landtagswahlen am 9. Mai muss Schwarz-Gelb genau das befürchten – zumal die Wähler nicht verstehen, warum ausgerechnet die Partner einer politischen »Wunschehe« bei einem Kernthema wie Gesundheit seit Monaten im Clinch liegen und ihre Koalitionsverhandlungen nun in einer Regierungskommission fortsetzen müssen.



Thomas Hommel
Redakteur »Ärzte Zeitung« (Hauptstadtbüro)
▶ thomas.hommel@springer.com

Mit GPS Demenzkranke orten können

An der Uni Siegen läuft derzeit das Pilotprojekt AlzheimerMonitoring (AMi), bei dem moderne Alltagstechnologien zum Einsatz kommen. Unumstritten ist das Ganze nicht. AVG bewegt sprach mit Projektmitarbeiterin **Claudia Müller**.

Frau Müller, wie ist die Idee zum Projekt AMi entstanden?

Müller: Wir verfolgen im Forschungsbereich »Alltagstechnologien für die alternde Gesellschaft« am Siegener Lehrstuhl Wirtschaftsinformatik und neue Medien mehrere Projekte. Diese basieren auf der Frage, wie man den Alltag von älteren Menschen mit neuen Medien sinnvoll erleichtern und bereichern kann. Dabei orientieren wir uns immer an bestehenden alltagsrelevanten und gesellschaftlichen Problemen. Unser Projektpartner, das Kölner Unternehmen ITSS, liefert in Kooperation mit der GeoContent GmbH, Magdeburg, eine wichtige technologische Innovation – eine hochauflösende Luftbildkarte – mit der wir eine wesentlich verbesserte Ortungsfunktion gegenüber herkömmlichen Systemen entwickeln können. Mit dieser Karte sowie mittels eines stark Nutzerzentrierten Design-Ansatzes können wir die Bedürfnisse der Betroffenen – Demenzkranke und deren Betreuungspersonen zu Hause und in stationären Einrichtungen – genau und zielgerichteter adressieren.

Was genau wollen Sie mit dem Projekt herausfinden?

Ziel des Projektes ist, auf der Basis neuester GPS-Technologie ein technisches Gesamtsystem zu entwickeln und zu betreiben, das die jederzeitige Ortung von Demenzkranken erlaubt. Die Betroffenen erhalten ein kleines GPS-fähiges Endgerät, das entweder ad hoc auf Anforderung oder kontinuierlich seine GPS-Position z.B. per Mobil-

funk an einen Rechner sendet. Der Rechner wertet diese Daten aus, ermittelt die exakte Position bis auf ca. fünf Meter genau und stellt diese Position erstmalig in einer hochauflösenden Luftbildkarte dar. In dieser Luftbildkarte, die wesentlich detailgetreuer als jede andere herkömmliche Karte ist, sind darüber hinaus alle Straßennamen und alle ca. 21 Mio. Hausnummern enthalten. Die Information, wo sich ein vermisster Demenzkranker aufhält,

»Personen, die den Vermissten suchen, können über die aktuelle Route des Alzheimer-Kranken informiert werden«

wird entweder über Internet an einen stationären PC übertragen oder auch an ein mobiles Endgerät, etwa an ein iPhone. So können Personen, die den Vermissten suchen und ihm nachfolgen, permanent über die aktuelle Route des Alzheimer-Kranken informiert werden.

Wie sieht die Umsetzung konkret aus?

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie über zwei Jahre geförderte Forschungsprojekt verläuft in mehreren Projektzyklen. Diese bestehen aus einer Vorstudie, in der durch Interviews mit betroffenen Familien und mit Pflegekräften der Problemkomplex um die sog. Hinlauftendenz von Demenzkranken genauer im Hinblick auf technologische Unterstützungsmöglichkeiten untersucht wird. Darauf folgen zwei Designzyklen, in denen das System als Prototyp in Familien und in Einrich-

tungen getestet und bewertet wird. Kritik und Änderungsvorschläge fließen dann direkt in die Weiterentwicklung des Systems ein. Am Ende schließt sich eine mehrmonatige Pilotphase an, mit der sichergestellt wird, dass das System sehr leicht benutzbar ist und den Nutzern eine echte Erleichterung, mehr Sicherheit und Unterstützung im Alltag bietet. Zusätzlich wird das Projektteam kontinuierlich von der Kölner Alzheimer Selbsthilfe e.V. im

Hinblick auf die Praxistauglichkeit des Systems beraten.

Das Projekt berührt Fragen des Datenschutzes, was sicherlich auch Kritiker auf den Plan ruft.

Tatsächlich befinden uns mit der Ortungstechnologie mitten in der Problematik des Schutzes der personenbezogenen Daten. Um dem Thema optimal Rechnung zu tragen, ziehen wir Datenschutzexperten als Berater in das Projekt ein. Theoretisch ist es eine etwas paradoxe Situation, die sich aber aus der Praxisperspektive anders darstellt: Unsere Hoffnung ist es, demenzkranken Menschen, die ein Ortungsgerät mit sich tragen, wieder etwas mehr Freiheit geben zu können, wenn es im individuellen Krankheitsverlauf noch möglich ist, sich alleine von der Wohnung fortzubewegen. Auf jeden Fall wird das System Angehörige und Pflegendende



Claudia Müller
Mitarbeiterin beim Pilotprojekt AlzheimerMonitoring, Universität Siegen

in ihrer permanenten Sorge und Angst um den erkrankten Angehörigen bzw. Bewohner erleichtern können.

Welche Einsatzmöglichkeiten versprechen Sie sich konkret?

Wir konzentrieren uns im Projektablauf bereits auf unterschiedliche Alltagsbereiche, in denen Demenzkranke leben – und zwar das Leben in der Familie zu Hause und in einer stationären Einrichtung – und sondieren hier jeweils die spezifischen Einsatz- und Unterstützungsmöglichkeiten. Den Praxistransfer bereiten wir bereits mit der Praxis- und Nutzer-orientierten Projektdurchführung vor: Durch unsere enge Anbindung an Multiplikatoren, wie die Alzheimer Selbsthilfe e.V. und andere Verbände und Organisationen der Demenzversorgung, schaffen wir eine Öffentlichkeit für die spätere Transferphase. Mittlerweile haben wir in vielen Gesprächen mit betroffenen Angehörigen und Pflegekräften erfahren, wie hoch der Bedarf für eine solche praxistaugliche Alltagsunterstützung ist, sodass wir optimistisch davon ausgehen können, dass uns der Transfer in die Praxis relativ einfach gelingen wird.

► <http://ami.wineme.fb5.uni-siegen.de>

Das vernetzte Zuhause

Die AOK macht sich für die engere Einbindung und Vernetzung von neuen Technologien in das Wohnumfeld stark, um laufende Therapien bei chronischen Erkrankungen sowie die häusliche Pflege zu unterstützen.



► »Das vernetzte Heim kann ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung erleichtern. So helfen elektronische Systeme dabei, den Gesundheitszustand zu Hause zu erfassen und bei Gefahr rechtzeitig Angehörige oder Ärzte zu informieren«, sagte Jürgen Graalman, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bun-

desverbandes, auf der Elektronikmesse CeBIT in Hannover.

Dort präsentiert der Verein »Connected Living«, zu dessen Gründungsmitgliedern der AOK-Bundesverband gehört, die »Wohnung der Zukunft«. »Als Mitglied von »Connected Living« entwickeln wir konkrete Konzepte für Prävention und Versorgung«, so Graal-

mann, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Vereins ist. »Ziel unseres Engagements ist es, Assistenzsysteme für das häusliche Wohnumfeld zu entwickeln, und zwar für verschiedenste Ziel- und Altersgruppen: Von den Kindern über sportlich aktive Menschen im Erwachsenenalter bis hin zu chronisch kranken Patienten.« Intelligente Assistenzsysteme könnten so zum Beispiel zum Gesundheitscoaching eingesetzt werden, indem sie die Beweglichkeit der Menschen in den eigenen vier Wänden fördern und Alternativen zur Bewegungsarmut schaffen.

Wichtig sei dabei, dass der Mensch stets die Technik kontrolliere - und nicht umgekehrt. »Es ist selbstverständlich, dass die beteiligten Patienten immer Herr ihrer Daten sind«, so Graalman.

Gleichstellung nichtehelicher Kinder

► Die Bundesjustizministerin, Sabine Leutheuser-Schwarzenberger, hat im Januar einen Referentenentwurf zur Vollendung der erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder vorgelegt. Betroffen sind alle, die vor dem 1. Juli 1949 geboren sind.

Das Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder von 1969 hat dafür gesorgt, dass alle vor dem 1. Juli 1949 geborene nichtehelichen Kinder bis heute mit ihren Vätern nicht als verwandt gelten und ihnen daher auch kein gesetzliches Erbrecht zusteht. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Mai 2009 aufgrund von Individualbeschwerden festgestellt, dass diese Ungleichbehandlung von

ehelichen und nichtehelichen Kindern, die vor dem 1. Juli 1949 geboren wurden, im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention stehen.

Bei Sterbefällen, die sich bereits vor Inkrafttreten der geplanten Neuregelung ereigneten, sind diese erbrechtlichen Folgen jedoch unbeachtlich.

Es bleibt abzuwarten, ob und wann der Referentenentwurf als Gesetz verabschiedet wird.



Birgit Welzel | Rechtsanwältin

► Persönliche Rechtsberatung | 14.04. 2010
15:30 Uhr | Förderverein für Jugend und Sozialarbeit, Marchlewskistr. 27, 10243 Berlin

► 030 42802560

RECHT

Mitgliederversammlung

ZEIT 14.04.2010, 17:45 Uhr

ORT Förderverein für Jugend und Sozialarbeit, Marchlewskistr. 27
10243 Berlin

Fortbildung

► »Für und Wider einer Akademisierung von Gesundheitsfachberufen«

ZEIT 14.04.2010, 16:30 Uhr

DOZ Wolfgang Kast

ORT Förderverein für Jugend und Sozialarbeit, Marchlewskistr. 27
10243 Berlin

► *Behandlungspflege: Auffrischung IM-Injektionen, PEG-Versorgung, suprapubischer Katheter*

ZEIT 14.04.2010, 18:00 Uhr

DOZ Kathrin Raeder

ORT PMG GmbH, Bülowstr. 71/72,
10783 Berlin

Sonstiges

► 6. FAP: »Gute Pflege – schlecht beurteilt?! Pflegenoten auf dem Prüfstand«

ZEIT 10.03.2010 ab 18:00 Uhr

DOZ Vertreter der Pflegekassenverbände (angefragt), Birgit Welzel, Katja Dierich, Thomas Meißner

ORT ETL Center, Mauerstr. 86-88,
10117 Berlin

Herausgeber... Anbieterverband
qualitätsorientierter Gesundheitspflege-
einrichtungen e.V. (AVG)
Schönholzer Straße 3, 13187 Berlin
Tel.: 030 49905380, Fax: 030 49905388
E-Mail: info@avg-ev.com
Internet: www.avg-ev.com
V.i.S.d.P.: Thomas Meißner (AVG)

Redaktion... Thomas Hommel
»AVG bewegt« erscheint in Verbindung mit
»HEILBERUFE – Das Pflegemagazin«
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
Internet: www.heilberufe-online.de

Verlag... Springer Medizin | Urban & Vogel
GmbH, Aschauer Straße 30, 81549 München

Layout... Sirko Wahsner/www.id-group.de

© Archiv HEILBERUFE (S.1), privat (S.3),
Jochen Tack (S.4)

IMPRESSUM